

2009-04-30

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen am 18.02.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Koschig begrüßte die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Haupt- und Personalausschuss die ordnungs- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Bönecke begrüßte ebenfalls die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Finanzausschuss die ordnungs- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Auf Anfrage von **Herrn Koschig** wurden durch den Haupt- und Personalausschuss keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht. Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Durch den Finanzausschuss wurden auf Anfrage von **Herrn Bönecke** ebenfalls keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht. Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	8/0/0 – einstimmig
Finanzausschuss:	6/0/0 – einstimmig

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Koschig erteilte **Frau Nußbeck** das Wort.

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die gemeinsame Sitzung am 11.02.2009 und den durch **Herrn Dr. Schmidt** und **Herrn Giese-Rehm** geäußerten Wunsch, die heutige Tagesordnung um die Wirtschaftspläne der Beteiligungen Industriefafen Roßlau GmbH und DVV Flugplatz GmbH zur Beantwortung anstehender Anfragen zu ergänzen. Aus diesem Grund, so **Frau Nußbeck**, wurden die Geschäftsführer der genannten Beteiligungen zur heutigen Sitzung geladen.

Das Wort wurde **Herrn Mörer**, Geschäftsführer der Industriefafen Roßlau GmbH, zur Beantwortung der Anfrage bezüglich der im Wirtschaftsplan dargestellten positiven Prognosen gegenüber dem Gesamtergebnis 2008 erteilt.

Herr Mörer stellte sich vor, nahm Bezug auf die Anfrage und erklärte, dass die Industriefafen Roßlau GmbH von der drohenden Rezession nicht in dem Maße betroffen sei, wie befürchtet werde. Dies hänge ursächlich mit den Geschäftsfeldern, in denen sich der Industriefafen bewege, zusammen. Diese seien vorwiegend durch landwirtschaftliche Güter, Güter der Bauwirtschaft und Maschinen- und Anlagenbau geprägt. Gerade im Maschinen und Anlagenbau, so **Herr Mörer**, seien die Kunden zum Großteil in der Windkraft tätig, d. h. hier liegen gut gefüllte Auftragsbücher zugrunde. Bezüglich des Handels von landwirtschaftlichen Gütern hänge die Entwicklung ausschließlich vom Wasserstand ab. Insofern seien die hierzu abgegebenen Prognosen tatsächlich wasserstandsabhängig, so **Herr Mörer**. Was den Transport von Schrott anbelange, so sei dieser Markt zusammengebrochen. Jedoch waren die Umsätze in dieser Sparte eher unbedeutend und das Wegbrechen habe nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Herr Giese-Rehm merkte bezüglich seiner Anfrage an, dass im vergangenen Jahr die Tilgung des Gesellschafterdarlehens ausgesetzt wurde und dies vor dem Hintergrund der abgegebenen positiven Prognose zum Nachdenken anregte. Herr Giese-Rehm nahm im Weiteren Bezug auf ihm vorliegende Informationen, dass das wesentliche Geschäft des Industriefafen Roßlau derzeit der Güterumschlag und zwar nicht auf dem Wasserweg sei, so dass die genannte Wasserstandsabhängigkeit nur einen bedingten Einfluss habe.

Herr Mörer verneinte dies und erklärte, dass es sich hier um eine Wechselwirkung handele. Der Industriefafen Roßlau habe zwei grundlegende Geschäftsbereiche, die für die Erträge sorgen. Dies sei zum einen die Vermietung und zum anderen die Eisenbahn und Binnenschiff. Wenn das Binnenschiff aufgrund des Wasserstandes nicht funktioniere, dann könne man keine Güter zuführen und es fallen die Rangierleistungen, die Infrastrukturleistungen und der Binnenumschlag aus. Das sei die besagte Wechselwirkung.

Weitere Anfragen zum Industriefafen Roßlau wurden nicht vorgebracht.

Herr Koschig begrüßte zur Thematik Flugplatz GmbH **Frau Reise**, Leiterin Controlling und **Herrn Hennig**, Flugplatzleiter. **Frau Nußbeck** erläuterte nochmals die Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses am 11.02.2009, die sich auf die Investitionsplanungen der Flugplatz GmbH vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung beziehe.

Frau Reise erläuterte unter Bezugnahme auf die besagten Investitionen, dass es sich hierbei zum einen um die Grundüberholung des Triebwerks der Cessna und zum anderen um die Sanierung der Zufahrtsstraße zur Landebahn handele.

Bezüglich der Überholung der Cessna gebe es eine aktuelle Entwicklung dahingehend, dass eine Überholung nach 1.500 Flugstunden vorgeschrieben sei, diese aber in 2009 nicht erreicht werden. So verschiebe sich diese Investition in das Jahr 2010. In Bezug auf das zu erbringende Einsparpotential zur Haushaltskonsolidierung der Stadt werde man trotz dieser Investitionen die vorgegebenen Einsparungen erbringen, **so Frau Reise**.

Herr Giese-Rehm erfragte, wie sich die Investitionskosten auf diese beiden Maßnahmen verteilen. **Frau Reise** erklärte, dass für die Überholung des Triebwerks der Cessna 30.000,00 EUR und für die Sanierung der Zufahrtsstraße 40.000,00 EUR geplant seien.

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion und die Aussage des Herrn Tobler, dass sich das Fluggeschäft in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen darstelle, ohne Gewinne zu erwirtschaften. Diesbezüglich hinterfragte sie hiermit die Rentabilität der geplanten Maßnahme.

Frau Reise bestätigte die Aussagen von Herrn Tobler die Kostendeckung des Fluggeschäftes betreffend. Dies beinhalte auch die Kosten für die geplante Überholungsmaßnahme, **so Frau Reise**.

Herr Schönemann erklärte, dass durch die Fraktionen Die Linke.Dessau-Roßlau, Bürgerliste/Die Grünen und Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit des Flugplatzes eine Beschlussvorlage erarbeitet werde. Diesbezüglich werde es eine Potentialanalyse geben, die derartige Fragen beantworten werde. Es wurden bereits verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, **so Herr Schönemann**, um beispielsweise die Bewirtschaftung des Flugplatzes effizienter zu betreiben. Im Ergebnis aller dieser Betrachtungen und Aktivitäten stehe, dass der Flugplatz für die Stadt von elementarer Bedeutung sei und man diesen unbedingt erhalten sollte.

Weitere Anfragen zur Flugplatz GmbH wurden nicht vorgebracht.

Frau Ehlert erklärte, dass Sie der Presse entnommen habe, dass der Theatervertrag mit dem Anhaltischen Theater Dessau nun doch unterzeichnet wurde. Sie habe an dieser Stelle eine diesbezügliche Information seitens der Verwaltungsspitze erwartet, zumal die zurückliegende Diskussion von falschen Schuldzuweisungen überschattet war. Sie brachte erneut Ihre Befremdung über diesen Umgang miteinander zum Ausdruck und machte abschließend deutlich, dass diese Schuldzuweisungen jeglicher Grundlage entbehren.

Frau Nußbeck informierte im Weiteren über die Übergabe von Beantwortungen noch offener Anfragen aus den zurückliegenden Sitzungen bezüglich

- Einzelplan 7, HHSt. 79000.40000 - Stadtinformation
Begründung für den Aufwuchs bei den Personalkosten –
Darstellung Entwicklung Personal
- Einzelplan 4 – Unterabschnitt 46070 Haus „Kreuzer“
Stand der Vermarktung

und erfragte hierzu Erläuterungsbedarf. Es wurden diesbezüglich keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Im Weiteren informierte **Frau Nußbeck** über eine Falschmeldung des regionalen Rundfunks die Arbeitszeit der MitarbeiterInnen der Verwaltung betreffend. Darin wurde mitgeteilt, dass der Finanzausschuss in seiner heutigen Sitzung vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung über eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden entscheide. Frau Nußbeck erklärte, dass bekannt sei, dass die Stadt einen bis zum 31.10.2010 laufenden Haustarifvertrag habe. Momentan werden in Vorbereitung erneuter Tarifverhandlungen vor Ablauf dieses Haustarifvertrages entsprechende Unterlagen zusammengetragen, was darüber hinaus möglich sei. Erst danach werde über eine Umsetzung entschieden.

Herr Koschig ergänzte, dass diese Meldung zu erheblicher Unruhe innerhalb der Verwaltung geführt habe und eine solche Berichterstattung seitens der Presse befremdlich sei.

Herr Schönemann machte an dieser Stelle deutlich, dass es Aufgabe aller sein müsse, die Außenwahrnehmung der Arbeit des Stadtrates in einem richtigen Licht erscheinen zu lassen. In der Vergangenheit sei das nicht immer gelungen. Die Arbeit des Stadtrates und seiner Gremien müsse sach- und problemorientiert durchgeführt werden.

Herr Eichelberg machte deutlich, dass diese Form der Berichterstattung gegenüber den MitarbeiterInnen der Verwaltung an Unverschämtheit grenze. Hätte im besagten Fall der örtliche Rundfunksender ausreichend recherchiert, wäre es nicht zu dieser Falschmeldung gekommen. So etwas bringe unnötigerweise Unruhe nicht nur unter die Beschäftigten, sondern auch in den politischen Raum.

Herr Koschig erklärte, dass der Pressesprecher der Stadt beauftragt wurde, mit dem verantwortlichen Redakteur ein auswertendes Gespräch zu führen. Im Weiteren ging **Herr Koschig** auf die Ausführungen von Herrn Schönemann ein und verwies darauf, dass die Sitzungen des Stadtrates im Öffentlichen Kanal übertragen werden. D. h., hier werden die Sitzungen mit allen geführten Diskussionen ungeschnitten der Öffentlichkeit zugeführt. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nehmen sehr intensiv Anteil an den Ratssitzungen und so wie sich der Stadtrat teilweise präsentiert, bestimme im Wesentlichen die Außenwahrnehmung. Insofern liege der Schwerpunkt der Verantwortung für diese Außenwahrnehmung beim Stadtrat selbst.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

4.1. Haushaltssatzung 2009/Haushaltsplan 2009 - bitte Unterlagen Haushaltsplan mitbringen -

4.1.1. Finanzplan 2008 - 2016

Herr Koschig erteilte Frau Nußbeck das Wort.

Frau Nußbeck führte die Stadträte auf die Seite 876, Finanzplan 2008 – 2016, zur Darstellung des Defizits und erläuterte, dass im Jahr 2008 ein Defizit in Höhe von 26.535,3 TEUR erreicht wurde. Darin enthalten sei ein laufendes Defizit von 8.541,9 TEUR.

Für das Jahr 2010 solle eine Verringerung des Defizits auf 23.628,7 TEUR, darin aber bereits ein positives Ergebnis von 2.906,6 TEUR erreicht werden. Voraussetzung für diese Prognose seien mehrere Faktoren, so Frau Nußbeck.

Dieser Vorschau wurde zugrunde gelegt, dass dem Vermögenshaushalt in 2010 eine „Finanzspritze“ von 13 Mio. EUR zugeführt werde. Diese setze sich aus den Erträgen zweier Haushaltskonsolidierungsvorschläge zusammen:

6,0 Mio. EUR Vermögensveräußerung Straßenbeleuchtungsanlagen
7,0 Mio. EUR Ergebnis aus Sale-and-Lease-Back bei der DWG.

Im Weiteren nahm **Frau Nußbeck** Bezug auf die Entwicklung der Zinsausgaben und erläuterte, dass diese Ausgaben durch diese Zuführung zum Vermögenshaushalt in den Folgejahren erheblich sinken werden. Dennoch, so Frau Nußbeck, gelinge es momentan nicht, den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 vollständig darzustellen. Zwar sei in diesem Jahr bereits ein positives Ergebnis geplant, aber der Vortrag des Defizits aus dem Jahr 2014 in Höhe von 8.007,4 TEUR belaste das Ergebnis negativ. Dieser Betrag sei momentan noch nicht konsolidiert, wie bei der Ausreichung des Haushaltsplanes 2009 darauf hingewiesen.

Unter Verweis auf den Jahresabschluss 2008 führte **Frau Nußbeck** weiter aus, dass dieser aller Voraussicht nach ein positives Ergebnis ausweisen werde. Es werde davon ausgegangen, dass das vorgetragene Defizit aus 2014 mit dem Jahresabschluss 2008 kompensiert werden könne. Negativ komme jedoch hinzu, dass in jedem Fall die Steuereinnahmen, möglicherweise schon ab 2010, gravierend sinken werden. Die Prognose der Stadt gehe aber momentan davon aus, so Frau Nußbeck, dass die Steuereinnahmen bis zum 2013 noch steigen und erst dann stagnieren. Weiterhin negativ wirken sich die nicht erzielbaren Erträge aus verschiedenen Haushaltskonsolidierungsvorschlägen, die bereits Beschlusslage seien, auf dieses Ergebnis aus. Als Beispiele seien das Anhaltische Theater Dessau, die städtischen Bäder und die Elternbeitragssatzung genannt. Die Gründe hierfür liegen u. a. in nicht eingetretener Gesetzeslage und darin, dass ein Teil der Beschlüsse nicht in der vorgeschlagenen Höhe, geändert bzw. gar nicht gefasst wurden. Dies müsse entsprechend korrigiert werden. Momentan, so Frau Nußbeck, werde davon ausgegangen, dass diese gesamten Maßnahmen ein Volumen von 2,0 Mio. EUR haben, über die nochmals beraten werden müsse bzw. die korrigiert werden müssen.

Dies sei die Ausgangslage, so **Frau Nußbeck**. Das bedeute, dass die Verwaltung mit der Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes aus objektiven Gründen nochmals neue Maßnahmen einbringen müsse, um diese Entwicklung zu kompensieren.

Herr Giese-Rehm erfragte an Frau Nußbeck gerichtet, wann mit dem Jahresabschluss 2008 gerechnet werde.

Frau Nußbeck erklärte, dass die Kämmerei momentan ausschließlich damit beschäftigt sei und mit einem Ergebnis Anfang März gerechnet werde.

Im Weiteren erfragte Herr Giese-Rehm, inwieweit bereits eine Entscheidung bezüglich der Vereinheitlichung der Grundsteuer B in den Haushalt mit einfließe.

Frau Wirth erklärte, dass dies noch nicht mit berücksichtigt wurde, da die entsprechende gesetzliche Änderung noch nicht vorliege.

Herr Koschig fügte hinzu, dass Frau Ehlert in der letzten Sitzung des Ausschusses bereits über den diesbezüglichen Stand berichtete und es diesbezüglich momentan keine Handlungsaktivitäten seitens des Gesetzgebers gebe.

Im Weiteren bezog sich **Herr Giese-Rehm** auf die auf der Seite 872 gemachten Angaben zu den Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe. Hier werde von einer jährlichen Steigerung der Ausgaben in Höhe von 4 % ausgegangen. **Herr Giese-Rehm** merkte an, dass sich dies in der Gesamtdarstellung des Finanzplanes nicht wieder finde, dort nach seinen Berechnungen eine maximale Steigerung von 1,2 % ab 2010 ausgewiesen sei.

Frau Wirth erklärte, dass diese Prognose unter dem Aspekt einer längerfristigen Rezession und auf die wirkliche Leistung der Jugendhilfe bezogen wurde. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass unter die Jugendhilfe auch die Kindereinrichtungen fallen, die einen Großteil der Kosten als Personalkosten ausmachen, woraus die Steigerungsrate von 4 % durchaus reell erscheine.

Herr Ehm erfragte, ob bereits eine aus der derzeit laufenden Potentialanalyse durch Rödl & Partner erste Prognose bezüglich des zu erwartenden Einsparpotentials möglich sei. **Frau Nußbeck** erklärte unter Bezugnahme auf den Konsolidierungsvorschlag 9006, dass man davon ausgehe, wenn man sich die Aussagen von Rödl & Partner vor Augen führe, dass ein Einsparpotential in Höhe von ca. 15 Mio. EUR erbracht werden müsse.

Herr Pätzold nahm Bezug auf den Anteil der Personalkosten am Gesamtvolumen des städtischen Haushaltes. Er sehe bis zur vollständigen Konsolidierung des Haushaltes gerade in Bezug auf diese Position noch Handlungsbedarf. Seine eigentliche Frage sei, so Herr Pätzold, ob die Einführung der Doppik die Finanzplanung beeinflussen könne. **Frau Nußbeck** bejahte dies. In welcher Form, so Frau Nußbeck, bleibe abzuwarten.

Zum Finanzplan wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

4.1.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre Vorlage: DR/BV/482/2008/II-20

Frau Nußbeck leitete zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre über.

Unter Bezugnahme auf den Einsparvorschlag Nr. 0006 erläuterte **Frau Nußbeck**, dass dieser Vorschlag ab dem Jahr 2011 ohne den Abschluss eines weiteren Tarifvertrages dargestellt sei, da die Entscheidung über einen solchen erst im Jahr 2010 getroffen werde.

Im Weiteren ging **Frau Nußbeck** auf den Einsparvorschlag Nr. 0007 – Wiederbesetzungssperre – ein. Hier seien keine Beträge dargestellt, da dies immer von den Einzelentscheidungen abhängig sei und in einigen Fällen von der Wiederbesetzungssperre abgesehen werde.

An dieser Stelle erfragte **Frau Ehlert** Bezug nehmend auf die zur Verfügung gestellte Übersicht der Stellenbesetzungen durch interne und externe Ausschreibungen, in wie weit hierbei die Wiederbesetzungssperre Beachtung fand. Die ausgereichte Übersicht zeigte eindeutige Stellenbesetzungen während der satzungslosen Zeit, die schon aufgrund dessen in den Finanzausschuss zur Entscheidung gehört hätten.

Sie kritisierte dieses Vorgehen der Verwaltung und erklärte, dass die Wiederbesetzungssperre nicht eingehalten wurde und eine Aufhebung in Einzelfällen in jedem Fall durch einen entsprechenden Ausschuss hätte entschieden werden müssen.

Frau Nußbeck erklärte, dass es keine generelle Wiederbesetzungssperre gebe, sondern nur für einen Jahreszeitraum. Im Übrigen handele es bei Stellenbesetzungen um Geschäfte der laufenden Verwaltung und die liegen somit in der Entscheidungshoheit des Oberbürgermeisters.

Herr Eichelberg nahm ebenfalls Bezug auf die zur Verfügung gestellte Übersicht und erklärte, dass es für ihn durchaus Stellen gebe, die durch eigenes Personal besetzt werden könnten. Es sei rechtzeitig bekannt, zu welchem Zeitpunkt bestimmte MitarbeiterInnen ausscheiden und diesen Zeitraum könne man nutzen, um in Frage kommenden internen Personal entsprechend zu schulen. **Frau Nußbeck** erklärte, dass zur internen Stellenneubesetzung vorrangig Personal in Frage komme, bei welchem die Stelle wegfalle. Momentan gebe es 34 kw-Vermerke vornehmlich im freiwilligen Bereich. Das große Problem sei, dieses Personal innerhalb der Verwaltung einzusetzen, da die vorhandene Ausbildung oft nicht den Anforderungen der zu besetzenden Stellen genüge.

Zu den Ausführungen von **Herrn Schönemann** die Bildung eines sog. Personalpools betreffend erklärte **Frau Nußbeck**, dass es diesen Pool bereits gebe und bei zu neu besetzenden Stellen immer erst dort nach geeignetem Personal geschaut werde. Beispielsweise konnten so immerhin 12 MitarbeiterInnen an die ARGE übergeleitet werden.

Herr Eichelberg nahm an dieser Stelle Bezug auf neue gesetzliche Regelungen und erfragte, in wie weit bereits geprüft wurde, ob die an die ARGE übergeleiteten Mitarbeiterinnen noch zur Verwaltung der Stadt gehören, da geplant sei, ein eigenes Gebilde zu schaffen mit einem eigenen einheitlichen Tarifvertrag, die sowohl die MitarbeiterInnen der Agentur als auch die der Stadtverwaltung umfassen. Seine Frage sei, ob die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung dann noch das Personal der Stadt sei. **Frau Nußbeck** erklärte, dass es Ziel dieser neuen Regelung sei, eine eigene Einrichtung zu schaffen. Alle MitarbeiterInnen werden dann Angestellte dieser neuen Einrichtung mit einem eigenen Tarifvertrag. Dennoch verbleiben die Personalkosten bei der Stadt, die dann aber als Sachkosten gezahlt werden. Das Personal sei dann aber nicht mehr Bestandteil des Stellenplanes der Stadt.

Im Weiteren erläuterte **Frau Nußbeck** zum Einsparvorschlag Nr. 0008, dass die Beförderungssperre eingehalten werde. Grundsätzlich werde vor jeder Beförderung eine Sperre von 12 Monaten eingehalten.

Der Vorschlag 0030, so **Frau Nußbeck**, beinhalte die zusätzliche Stellenreduzierung zum Stellenplan/Verwaltungsstrukturreform. Erklärtes Ziel der Verwaltung sei, durch Strukturänderungen zusätzlich 120 Stellen einzusparen. Dies beziehe sich nicht nur auf die Einführung der Doppik, sondern auch beispielsweise auf die Einführung des Zentralen Gebäudemanagements, die Ausgliederung bestimmter Bereiche, die Prüfung der Frage der Einführung eines zentralen Finanzmanagements und der Frage der Notwendigkeit örtlicher Verwaltungen. Aktuell seien von diesen 120 Stellen bereits 16 Stellen untersetzt.

Frau Nußbeck nahm im Weiteren Bezug auf den Einsparvorschlag Nr. 0031 – Reduzierung der Personalausgaben der Stadt Dessau-Roßlau – und führte dazu aus, dass dieser komplett untersetzt sei. Die Einsparung aus diesem Vorschlag betrage im Jahr 2009 1,2 Mio. EUR.

Zum weiteren Vorgehen machte **Frau Nußbeck** den Vorschlag, nur noch die Vorschläge aufzurufen, zu denen es Anfragen bzw. Erläuterungsbedarf gebe. Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwände vorgebracht.

Einsparvorschlag Nr. 3001 – Museumspädagogischer Dienst

Frau Nußbeck wies darauf hin, dass momentan davon ausgegangen werde, dass die Einsparung durch die Schließung des Museumspädagogischen Dienstes erbracht werde. Dies sei momentane Beschlusslage.

Herr Weber erklärte, dass er an dieser Stelle auf eine Sache ganz besonders eingehen möchte. Die Fraktion DieLinke habe in der zurückliegenden Haushaltsdiskussion immer wieder davon gesprochen, dass über die Personalentwicklung gesprochen werden müsse. Damit könne man alles Mögliche kompensieren. Diesbezüglich weise er auf eines hin, so Herr Weber, dass im letzten Jahr von der Verwaltung sehr intensiv und detailliert dargelegt wurde, welche Personalentwicklung vor uns stehe. Dies, wie allen bekannt sei, sei bereits Bestandteil der hier vorliegenden Haushaltskonsolidierung. Er weise hier ausdrücklich drauf hin, dass jeder der die Meinung vertrete, dass das Defizit über Personaleinsparungen abzubauen sei, sich dahingehend deutlich erklären müsse, in welchen Bereichen dieser Personalabbau stattfinden solle. Momentan sei die Situation diese, dass aufgrund der Aufgabenfülle ein Personalabbau eigentlich nicht möglich sei. Die MitarbeiterInnen haben immer mehr Schwierigkeiten mit dem vorhandenen Stundenpotential die anstehenden Aufgaben wahrzunehmen. In der Vergangenheit habe er selbst immer dafür gestanden, dass diese Vollbeschäftigteneinheiten reduziert werden müssen, aber nun habe man eine solide Personalentwicklungsplanung vorliegen. Wer also meine, so **Herr Weber** abschließend, dass die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf dem Rücken der MitarbeiterInnen dieser Verwaltung ausgetragen werden solle, um damit Entscheidungen zu anderen teilweise unangenehmen Maßnahmen nicht mittragen zu müssen, der müsse sich den unangenehmen Fragen der Betroffenen in ehrlicher Weise stellen.

Einsparvorschlag 3020 – Erhöhung der Eintrittspreise in den Meisterhäusern

Frau Nußbeck nahm Bezug auf den Einsparvorschlag und erklärte, dass dieser aufgrund geänderter Beschlussfassung angepasst werden müsse, da die Erhöhung erst zum Oktober 2010 beschlossen wurde.

Einsparvorschlag 4038 – Kindertagesstätten

Frau Nußbeck erklärte, dass dieser Vorschlag erhebliche Probleme bereiten werde. Momentan müsse eingeschätzt werden, dass dieser Vorschlag nicht in dem geplanten Zeitraum erfüllt werde, voraussichtlich erst im Jahr 2010 realisiert werden könne. Derzeit liege noch kein entsprechender Beschlussentwurf vor und es sei davon auszugehen, dass im Rahmen der Beteiligung es noch Argumente und Vorschläge geben werde, die diese Planung nach unten korrigieren. Dennoch müsse allen klar sein, so Frau Nußbeck könne man nicht vollständig auf diesen Konsolidierungsvorschlag verzichten.

Einsparvorschlag 5004 – Bäder

Frau Nußbeck erklärte, dass dieser Vorschlag aufgrund der nicht eingetretenen gesetzlichen Änderung aus dem Konsolidierungskonzept herausgenommen werde. Diesbezüglich verwies Frau Nußbeck auf den Einsparvorschlag 8001 – DVV GmbH. Dieser Vorschlag sei der Alternativvorschlag zur Nr. 5004, d. h. aus der Perspektivplanung der DVV werden die entsprechenden Gewinne übernommen. Dies bedinge eine Anpassung bezüglich der Vorschläge 8012 – DVG und 8013 – Flugplatz, die damit Davon-Positionen seien. Dies werde auf der Grundlage der aktuellen Finanzplanung der DVV übernommen.

Einsparvorschlag 8008 – Schaffung einer sinnvollen Rechtsform (Bauhausgebäude)

Momentan, so **Frau Nußbeck**, gebe es einen Anarbeitungsstand der so aussehe, dass eine Untersuchung aller städtischen, keine Kosten verursachenden Bauhaus-Gebäude stattgefunden habe. Im Ergebnis sei fraglich, ob die Übertragung dieser Gebäude in eine Stiftung wirtschaftlich sei. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, aber Frau Nußbeck gehe davon aus, dass aus diesem Vorschlag keine wirtschaftlichen Effekte zu erzielen seien.

Einsparvorschlag 9001 –

Sonstige Allg. Finanzwirtschaft, Zuführung zwischen den Haushalten

Bezug nehmend auf die Tilgungsstreckung, so **Frau Nußbeck**, habe es bereits Ausführungen gegeben. Diese wurde in die Finanzplanung bereits integriert. In der Anlage zu diesem Vorschlag habe man dargestellt, wie die Tilgung aussehen würde, wenn keine Tilgungsstreckung vorgenommen werde.

Frau Nußbeck machte abschließend deutlich, dass im Fazit weitere Konsolidierungsvorschläge erforderlich seien. Dies sei auch die Gelegenheit, an dieser Stelle aus den Reihen der Fraktionen zu sagen, wo mögliche weitere Einsparpotentiale gesehen werden.

Herr Weber nahm Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion und seine Anfrage die Veräußerung städtischer Wocheendgrundstücke betreffend und erfragte den Arbeitsstand.

Frau Nußbeck erklärte, dass diese Anfrage an das zuständige Fachdezernat weitergeleitet wurde, sie aber zum aktuellen Arbeitsstand keine Ausführungen machen könne. Bezüglich der durch Herrn Weber zur Haushaltskonsolidierung gemachten weiteren Vorschläge seien einige davon in die Aufgabenstellung für Rödl & Partner aufgenommen worden.

Herr Bönecke nahm Bezug auf den Einsparvorschlag 3001 – Schließung des Museumspädagogischen Dienstes. Man habe sich in der Vergangenheit immer wieder für den Erhalt dieser Einrichtung ausgesprochen und diesen Vorschlag immer wieder verschoben. Er persönlich sehe an einer anderen Stelle ein weitaus größeres Einsparpotential als bei diesem Vorschlag.

Um dem mit dem Museumspädagogischen Dienst verbundenen Bildungsauftrag gerecht zu werden, sei das Vorhalten des Museums für Naturkunde in dem derzeitigen wissenschaftlichen Ausmaß seiner Meinung nach nicht erforderlich, sondern man könne darüber nachdenken, das Museum zu schließen, nur noch für Schulklassen vorzuhalten und den Bestand zu pflegen. Sollte es der Stadt zu irgendeinem Zeitpunkt finanziell besser gehen, könne das Museum für die Öffentlichkeit wieder aktiviert werden.

Herr Weber erklärte, dass seine Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen werde. Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass man in den Bereichen Kultur, Jugend, Soziales und Sport an gewisse Grenzen gestoßen seien. Es müsse ganz klar gesagt werden, so Herr Weber weiter, dass die zurückgehenden Besucherzahlen des Museums für Naturkunde auch dem geschuldet seien, dass in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gespart wurde und die Attraktivität dadurch erheblich gelitten habe. Dies könne nicht der Weg sein einer Gesellschaft, in der man sich einig darüber sei, dass Bildung eine ganz neue und wichtige Rolle spiele.

Herr Schönemann lobte an dieser Stelle das Engagement der Beschäftigten in dieser Einrichtung, die es über die Jahre verstanden haben, mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mittel trotzdem eine interessante Arbeit zu leisten. Er gebe dem Oberbürgermeister Recht, dass bezüglich dieser Thematik dringend ein Museumskonzept erforderlich sei, um entsprechende Lösungen zu entwickeln. Seine Fraktion sei nach wie vor Verfechter eines möglichen Kulturbetriebes, was aber nach Entscheidungen verlange.

Weitere Anfragen zum Haushaltskonsolidierungskonzept wurden nicht vorgebracht.

4.1.3. Stellenplan 2009

Frau Nußbeck erklärte, dass der Stellenplan insgesamt 1.455,831 Stellen ausweise. Im Vergleich zum Vorjahr seien dies 2,674 Stellen mehr. Es gebe also hier einen Stellenaufwuchs. Dieser basiere insbesondere auf der notwendigen Erweiterung der ARGE für den Bereich Roßlau, so Frau Nußbeck. Insgesamt gebe es 58 Stellenzugänge und 25 Stellenabgänge. In den 58 Stellenzugängen seien 40 Stellen echte Zugänge und 18,5 Umsetzungen. Von den 40 echten Zugängen entstanden 18 Stellen aus der ARGE aufgrund der Überleitung aus der KOMBA, 2 Stellen entstanden befristet, die an Fördermittel gebunden waren. Dies sei zum einen der Integrationsbeauftragte der Stadt und im Weiteren fördere das Land Absolventen für einen Zeitraum von 2 Jahren und übernehme für diesen Zeitraum auch die Personalkosten. 2 Stellenaufwüchse entstanden aus der Übernahme von 2 Auszubildenden. Weiterhin gebe es 3,3 Stellenzugänge, die aus der Umwandlung von Teilzeit in Vollzeit resultieren, was sich durch Umsetzungen von Mitarbeitern bedinge. 14,75 Stellen seien zusätzlich abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Dennoch könne nicht in jedem Fall die entsprechende Stelle wegfallen, wie beispielsweise in den Kindereinrichtungen aber auch verschiedene Stellen in der Verwaltung.

Weitere Anfragen zum Stellenplan wurden nicht vorgebracht.

Auf die Anfrage von **Herrn Weber** die Aufgabe des Ämterprinzips betreffend erklärte Frau Nußbeck, dass zur Thematik eine Sondersitzung des Finanzausschusses geplant sei.

Frau Nußbeck informierte abschließend darüber, dass den Stadträten in diesem Jahr erstmals und dann jährlich ein Personalreport übergeben werde, der inhaltlich den Stand der Personalentwicklung widerspiegele. Dies solle aber nicht das Maximum sein, Hinweise für Änderungen bzw. Ergänzungen aus den Fraktionen werden dankbar entgegengenommen.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

5. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

5.1. Absenkung der Gewerbesteuer (GewSt) um 10 Punkte Vorlage: DR/IV/126/2008/II-20

Herr Bönecke erläuterte, dass es sich hierbei um einen Vorschlag aus der CDU-Fraktion handele. Für weitere Ausführungen übergab er das Wort an Frau Nußbeck.

Frau Nußbeck erklärte, dass es sich hierbei ausschließlich um eine Information handle, um über die möglichen Auswirkungen dieses Vorschlages zu informieren. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage verbiete sich eine solche Maßnahme, so Frau Nußbeck. In der Vorlage werde dargestellt, dass unter den aktuellen Steuerprognosen dies im Jahr 2009 eine Mindereinnahme in Höhe von 274.000,00 EUR sei, im Jahr 2010 291.000,00 EUR, im Weiteren 308.000,00 EUR und weiter laufend 326.000,00 EUR pro Jahr zu Buche stehen würden. Insgesamt seien das 2,4 Mio. EUR Mindereinnahmen.

Herr Maloszyk erklärte, dass seine Fraktion diesen Vorschlag selbstverständlich unterstütze, da dies ein Signal zur Stärkung der Wirtschaft bedeute.

Herr Weber stimmte dem zu und machte deutlich, dass es darum gehe, ein deutliches Zeichen an die Wirtschaft und vor allem auch an den neuen Wirtschaftsdezernenten zu setzen. Dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund der aktuellen weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungen. Im Weiteren bezog sich Herr Weber auf die durch seine Fraktion gemachten Vorschläge für weitere Einsparungen in Höhe von jährlich 750.000,00 EUR und erklärte, dass damit die nicht durch seine Fraktion mitgetragenen Vorschläge kompensiert werden. Die CDU-Fraktion halte an diesem Vorschlag fest, um hier wie bereits ausgeführt der Wirtschaft ein Zeichen zu setzen.

Frau Nußbeck machte abschließend noch auf eine weitere Auswirkung einer solchen Entscheidung aufmerksam. So habe dies eine wesentliche Auswirkung auf die Zuweisungen, die die Stadt erhalte. Liege die Steuermeßkraftzahl der Stadt unter dem Durchschnitt der drei Oberzentren, reduzieren sich dadurch die Zuweisungen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

5.2. Programm der Stadt Dessau-Roßlau "90 Jahre Bauhaus" 2009 in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus Dessau und dem Anhaltischen Theater Dessau Vorlage: DR/BV/381/2008/V-41

Herr Bönecke erteilte Herrn Lambrecht, Amtsleiter des Amtes für Kultur, Tourismus und Sport das Wort für inhaltliche Ausführungen.

Bezug nehmend auf den Inhalt der Vorlage und die ergänzenden Ausführungen von Herrn Lambrecht erklärte **Herr Weber**, dass für ein Ereignis von dieser Bedeutung ein Ausgabevolumen von 90.000,00 EUR sehr gering sei. Er befürchte, dass dieser Beitrag dem Ansehen und der Bedeutung des Bauhauses international nicht gerecht werde.

Frau Nußbeck machte deutlich, dass das Bauhaus selbst diesem Anspruch gerecht werden müsse. Diesseits wurden in Bezug auf das Jubiläum zum einen keine konkreten Forderungen an die Stadt gestellt und zum anderen nicht eröffnet, wie und in welcher Form dieses Jubiläum gewürdigt werde.

Herr Lambrecht erklärte, dass dieses Jubiläum des Bauhauses eigentlich in Weimar stattfinde. D. h., es wurde mit dem politischen Raum ein Konsens gefunden, dieses Jubiläum regional parallel zu den nationalen und internationalen Veranstaltungen zu begehen, da die Ausstellungen aufgrund nicht vorhandener räumlicher Kapazitäten nicht im Bauhaus Dessau stattfinden. Somit identifiziere man dieses Jubiläum auch mit der Stadt Dessau. Was den geringen finanziellen städtischen Aufwand anbetreffe, so sei dieser der aktuellen Haushaltssituation geschuldet. Dies müsse akzeptiert werden, er sei aber guter Dinge, dass die fehlenden Mittel durch Zuschüsse aus der Kulturstiftung des Bundes und von Lotto Toto eingeworben werden können.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8/0/0 - einstimmig

7. Schließung der Sitzung

Herr Pätzold erfragte vor dem Hintergrund der weiteren Arbeitsfähigkeit der freien Träger das weitere Vorgehen zum Haushaltsplan 2009. Eine weitere Frage beziehe sich auf die Einführung der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) in der Stadt. Hierzu erbat er ein paar Ausführungen zum Prozedere.

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die Anfrage zum LOB und führte aus, dass diese bereits im Jahr 2008 eingeführt wurde. Sie stellte klar, dass es sich hier nicht um zusätzliche Kosten handle. Hierfür werden 1 % der Lohnsumme separiert. Die Auszahlung der LOB erfolge dann über die LOB-Kennziffern. Damit verbunden war ein erheblicher Schulungsaufwand. Zum Verfahren sei zu sagen, dass dies folgendermaßen ablaufe:

1. Führung von Einführungsgesprächen
2. Festlegung der Kriterien
3. Führung von Beurteilungsgesprächen
4. Bewertung
5. Auszahlung im Dezember vergangenen Jahres

Zur Auszahlung kamen die Mittel für alle tariflich beschäftigten MitarbeiterInnen, die entsprechend Ihrer Bewertung mindestens 12 bis maximal 20 Punkte erreichten.

Die Einführung der LOB schließe die Beamten in Bewertung und Beurteilung mit ein. Eine Zahlung erfolge jedoch nicht.

Auf die Anfrage von **Herrn Eichelberg** zum Abschluss von Zielvereinbarungen erklärte **Frau Nußbeck**, dass momentan keine abgeschlossen wurden.

Begonnen wurde mit der systematischen Leistungsbewertung. Aufgrund teilweise sehr unterschiedlicher Bewertungen habe man hier noch erheblichen Schulungsbedarf gesehen. Wenn dies dann funktioniere, gehe man zum Abschluss von Zielvereinbarungen über.

Im Weiteren ging **Frau Nußbeck** auf die erste Anfrage von Herrn Pätzold zum weiteren Vorgehen zum Haushaltsplan 2009 ein. Ein entsprechender Terminplan wurde bereits übergeben. Danach sei geplant, am 25.03.2009 einen weiteren gemeinsamen Ausschuss zum Thema Haushalt durchzuführen. Bis dahin sollen die Änderungslisten erarbeitet werden, werden die ergänzenden Konsolidierungsvorschläge erarbeitet und möglichst noch der Vermögenshaushalt einschl. Konjunkturprogramm.

Wenn in dieser Beratung Konsens gefunden werde, so Frau Nußbeck, dann könne eine Beschlussfassung zeitnah stattfinden. Bezüglich der Zuschüsse an die freien Träger sei zu sagen, dass in Vorgriff auf einen Beschluss zum Haushaltsplan im April diesbezügliche Mittel für das 2. Quartal freigegeben werden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke schloss die Sitzung um 18.25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführer